

# Die Volksvertreter

Am 11. September 2011 sind Kommunalwahlen

Der WendePUNKT hat daher diese 5 Fragen an die Regionsfraktionen gestellt:



Massentierhaltung ist die Folge der Agrarindustrialisierung und wird ermöglicht durch die Politik. Wenn nun Kommunalwahlen anstehen, liegt es nahe, dass wir uns an die Politiker der Region Hannover wenden. Wir haben also mit Datum vom 21. Mai 2011 die in der neben stehenden Tabelle ersichtlichen 5 Fragen den Fraktionsvorsitzenden vorgelegt, verbunden mit der Bitte, diese bis zum 30. Juni 2011 zu beantworten.

Außer dem „Ja“ bzw. „Nein“ gab es die Gelegenheit, jeweils einen Kommentar von bis zu 300 Zeichen abzugeben. Ausdrücklich haben wir darauf hingewiesen, dass wir die Antworten in unserem „WendePUNKT“ mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren veröffentlichten würden. Der Post hinzugefügt war jeweils unser „WendePUNKT“ Nr. 1, in dem von unserem Widerstand in Pattensen mit 2.500 Unterschriften ausführlich die Rede war. Wenn Sie nun die Tabelle betrachten, sehen Sie das Ergebnis: Bei drei der fünf Fraktionen gibt es nur weiße Felder.

Doch der Reihe nach: Als erste Fraktion meldete sich die SPD, die sich jeweils mit Ja bzw. Nein begnügte und auf die Kommentare ganz verzichtete. Merkwürdig!

Dann erreichte uns die Post der „Grünen“, die in der Weise – vom Inhalt soll hier nicht die Rede sein – antworteten, wie wir uns das vorgestellt hatten.

Am 30. Juni erhielten wir eine Mail der CDU, in der ersatzweise auf eine Resolution von CDU und FDP verwiesen wurde, die der Regionsversammlung vorgelegt werden sollte. Wir werden in dem nächsten „WendePUNKT“ darauf eingehen. Jedenfalls beantwortet diese Vorlage in keiner Weise die von uns gestellten Fragen.

Die FDP hat sich gar nicht gemeldet. Vielleicht war Herr Lüddecke – ein entschiedener Anhänger der Massentierhaltung – sich zu schade dafür, sich in unserer Zeitung zu äußern.

Die Linke hat ebenfalls nicht reagiert. Die Gründe dafür kennen wir nicht.

**In den Gemeinden Springe, Wennigsen, Eldagsen, Völksen, Groß-Munzel, Dedenen, Pattensen etc. gibt es große Sorgen hinsichtlich der gesundheitlichen Gefährdung durch Massentierhaltung. Es ist schon bemerkenswert, wie sich die zuständigen Politiker darum kümmern.**

Übrigens: Das hier dargestellte Verfahren zur Politikerbefragung werden wir – vielleicht etwas gezielter – zur Landtags- und Bundestagswahl wiederholen. Wir freuen uns schon!

**1. Die industriellen Großschlachtereien (Wiesenhof, Rothkötter etc.) fordern die Ansiedlung von Großmastanlagen u.a. verstärkt in der Region Hannover. Setzt sich Ihre Fraktion für die Verhinderung dieser Entwicklung ein?**

SPD Ja

CDU keine Antwort

**Bündnis 90/Die Grünen** Ja. Grundsätzlich sind die Möglichkeiten der Regionsfraktion nur begrenzt, weil die Politik nicht über die Anlagen entscheiden kann. Wir Grüne haben einen Arbeitskreis (AG Land und Tier) und machen umfassende Aktivitäten gegen Massentierhaltung, z. B. Einbringung einer Resolution.

FDP keine Antwort Die Linke keine Antwort

**2. Nimmt Ihre Fraktion in Kauf, dass durch die Emissionen dieser Anlagen (Gestank, ungefilterte und daher keimbelastete Abluft) die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt wird?**

SPD Nein, nehmen wir nicht in Kauf

CDU keine Antwort

**Bündnis 90/Die Grünen** Nein, durch intensive politische Arbeit versuchen wir auf den verschiedenen Ebenen Region, Land und Bund die Standards zu erhöhen. Die Feinstaubproblematik und die Verbreitung von Keimen findet in den Genehmigungsverfahren nicht ausreichend Berücksichtigung.

FDP keine Antwort Die Linke keine Antwort

**3. Ist Ihre Fraktion der Auffassung, dass durch die derzeit geltenden Gesetze und Vereinbarungen der Tierschutz in diesen Anlagen gewährleistet ist?**

SPD Nein, ist nicht gewährleistet

CDU keine Antwort

**Bündnis 90/Die Grünen** Nein, die derzeit geltenden Gesetze und Verordnungen zum Tierschutz und zum Schutz der Menschen reichen nicht aus und müssen verbessert werden. Die zuständigen grünen Fraktionen in Land und Bund haben Gesetzesinitiativen gestartet, die bei den derzeitigen politischen Mehrheiten keine Zustimmung fanden.

FDP keine Antwort Die Linke keine Antwort

**4. Ist Ihrer Fraktion bewusst, dass durch den Betrieb der o. a. Anlagen auf „landwirtschaftlicher“ Grundlage gemäß § 35 des BauGB die betroffenen Kommunen weder Gewerbesteuer noch nennenswert Arbeitsplätze gewinnen, gleichzeitig aber wegen permanenter Belastung durch ungefilterte Abluft „sensible“ Firmen die Region verlassen müssten bzw. Neuansiedlungen unterbleiben könnten?**

SPD Bewusstsein ist da, gesetzgeberische Körperschaften sind wir leider nicht

CDU keine Antwort

**Bündnis 90/Die Grünen** Ja, das Problem ist uns bewusst. Wir unterstützen daher die Gesetzesinitiative der Grünen Bundestagsfraktion (Herr von Ostendorff), die die Privilegierung für Großmastanlagen ablehnt.

FDP keine Antwort Die Linke keine Antwort

**5. Wird sich Ihre Fraktion künftig für erhöhte Auflagen (Brandschutz, Keimgutachten, Filteranlagen) im Genehmigungsverfahren der Region Hannover einsetzen?**

SPD Ja

CDU keine Antwort

**Bündnis 90/Die Grünen** Ja, wir werden uns weiter gemeinsam mit den BI's und alternativ wirtschaftenden Landwirten für die notwendige Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einsetzen. Darüber hinaus werben wir für ein verändertes Verbraucherverhalten. Wir arbeiten daran, ein politisches Klima zu Veränderung zu schaffen.

FDP keine Antwort Die Linke keine Antwort